Forsa-Umfrage: Mehrheit für Steuererhöhungen anstatt Kürzung öffentlicher Leistungen

Forsa-Umfrage: Mehrheit für Steuererhöhungen anstatt Kürzung öffentlicher Leistungen
  Große Mehrheit für Steuererhöhungen anstatt Kürzung öffentlicher Leistungen Ergebnis einer von Attac und Campact in Auftrag gegebenen Forsa-UmfrageIn einer vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac und Campact in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage spricht sich eine große Mehrheit der Befragten sich für die Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen aus anstatt öffentliche Leistungen zu kürzen. Hintergrund der Umfrage ist die so genannte Schuldenbremse, die vorschreibt, öffentliche Haushalte bis 2020 schrittweise auszugleichen und verbietet, neue Schulden aufzunehmen. Bund, Länder und Gemeinden sind dadurch gezwungen, entweder mehr Geld über Steuern einzunehmen oder öffentliche Leistungen einzusparen.
Vor diese Wahl gestellt, entschieden sich nur 20 Prozent der 1.001 Befragten für die Kürzung öffentlicher Leistungen, 69 Prozent sprachen sich für höhere Steuern aus.
"Die Umfrage belegt: Die Besteuerung großer Vermögen ist als Option in den Köpfen der Menschen angekommen. Die Verteufelung von Steuererhöhungen für die Reichsten ist zum Glück ins Leere gelaufen", kommentiert Jutta Sundermann vom Attac-Koordinierungskreis das Umfrageergebnis. "Die Schuldenbremse erzwingt die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen geradezu, sonst fährt die Gesellschaft an die Wand."
Helge Bauer von Attac, ergänzt: "Die Kommunen brauchen dringend höhere Einnahmen, um gute Schulen, bezahlbaren öffentlichen Wohnraum, Kultureinrichtungen, Jugendarbeit und weitere öffentliche Aufgaben finanzieren zu können. Das sieht selbst eine Mehrheit konservativer Wählerinnen und Wähler so und spricht sich für Steuererhöhungen aus."
Die Umfrage zeigt, dass 61 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU höhere Steuern den Kürzungen öffentlicher Leistungen vorziehen.
Eine sehr deutliche Zustimmung für Steuererhöhungen kommt von den Anhängerinnen und Anhängern der SPD, Grünen und Linkspartei.

Wortlaut der Umfrage:
Datenbasis: 1.001 Befragte ab 18 Jahren
Erhebungszeitraum: 8. bis 10. Oktober 2013 statistische Fehlertoleranz: ± 3 Prozentpunkte
Die so genannte Schuldenbremse schreibt vor, die öffentlichen Haushalte bis 2020 schrittweise auszugleichen und verbietet die Aufnahme neuer Schulden. Bund, Ländern und Gemeinden bleiben deshalb im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Kürzung öffentlicher Leistungen, zum Beispiel bei öffentlichen Einrichtungen oder höhere Steuern, zum Beispiel auf Vermögen und Spitzeneinkommen.
Vor diese Alternative gestellt, bevorzugen 20 Prozent die Kürzung öffentlicher Leistungen. 69 Prozent präferieren höhere Steuern.
Letzteres ziehen vor allem die Ostdeutschen sowie die Wähler von SPD, Grünen und Linkspartei vor.
Details:
Es bevorzugen höhere Steuern in Prozent (*):
Insgesamt: 69
Ost: 77
West: 67
Wähler der
CDU/CSU: 61
SPD: 82
Die Grünen: 87
Linke: 85
(*) an 100 Prozent fehlende Angaben = "weiß nicht"
Es bevorzugen die Kürzung öffentlicher Leistungen in Prozent:
Insgesamt: 20
Ost: 7
West: 23
Wähler der
CDU/CSU: 30
SPD: 12
Die Grünen: 10
Linke: 3

Für Rückfragen:
Jutta Sundermann, Attac-Koordinierungskreis, Tel 0175 8666 769
Helge Bauer, Tel. 0160 3059 148

Weitere Infos:
Attac-Kampagne Umverteilen: http: //www.attac.de/aktuell/umverteilen
Bündnis Umfairteilen: http://www.umfairteilen.de <img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=547320" width="1" height="1">

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen.Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv.Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdikussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.